

## Die Ausgleichsdebatte.

Das österreichische Abgeordnetenhaus begann heute die Verhandlung der Ausschlußbeschlüsse über das Ausgleichsprovisorium. Die Erörterung bewegte sich heute auf hohem Niveau, wozu wohl das Hauptverdienst der kaiserlichen Intonation durch den Berichterstatter Miklas gebührt, der es verstand, in seiner gewichtigen Rede, wie unter einem das ganze schwierige Problem überdachenden und überstrahlenden Regenbogen, die Wider und Für zusammenzutragen und zu beleuchten. Die hohen Gesichtspunkte, unter denen er das Ausgleichsproblem, das für Oesterreich zugleich „die ungarische Frage“ ist, betrachtete, ließen ihn am Schlusse zu einem hinreichenden Lobgesang auf die Zusammengehörigkeit der beiden Staaten unserer Monarchie kommen und zu einem Appell, einander endlich, gestützt auf die Lehren des Krieges und auf die Erfahrungen des gemeinsamen Verteidigungskampfes, besser zu verstehen. Abg. Dr. Ferzabek, der am Schlusse der Sitzung zum Wort kam, nahm Gelegenheit, all das vorzubringen, was in Oesterreich während des Krieges an Beschwerden gegen das Verhalten Ungarns oder genauer, seiner Verwaltungsbehörden sich angehäuft hat. Auch seine Rede schloß, bei aller sachlichen und rhetorischen Geradheit, mit der aufrichtigen Hoffnung, daß es bei beiderseitigem guten Willen gelingen müsse, das vorhandene und im Kriege herrlich bewiesene Zusammengehörigkeitsgefühl auch im gegenseitigen wirtschaftlichen Verkehr und politisch zum Ausdruck zu bringen. Für die Regierung ergriff heute der Handelsminister das Wort, der sich mit den aufgetauchten Bedenken gegen die Vorlagen befaßte und auf die Notwendigkeit verwies, daß die österreichische und ungarische Regierung vor den Friedensverhandlungen miteinander selber über das, was die Monarchie zu wollen hat, ins Reine kommen. Die tschechische Opposition schiedte heute ihren, wenn man so sagen darf, maßvollsten und daher wirksamsten Redner ins Treffen, den gewesenen Handelsminister Fiedler, der den bekannten radikalen Gedankengängen des Tschechischen Verbandes eine anhörbare Form zu geben sich bemühte.

Wir sehen den Sitzungsbericht aus der Mittags-Sgabe fort:

Berichterstatter Miklas (Christlichsozial) sagt in seiner vielachteten Rede u. a. noch: Das Waffenbündnis mit unseren Bundesgenossen soll nicht nur aufrecht erhalten, sondern auch wirtschaftlichen Abmachungen, zu einer gewissen wirtschaftlichen Annäherung mit unseren Bundesgenossen zu einem wirtschaftlichen Treuverhältnis

ausgestaltet werden. Das dürfte vielleicht auch der Grund sein, warum die Regierungen veranlaßt hat, von einer Verfestigung der vereinbarten Neuregelung abzusehen, um sich vollkommen freie Hand zu wahren und sich gewissermaßen nicht in die Karten schauen zu lassen in einem Moment, wo in Europa noch alles in Fluss ist. Der Berichterstatter schildert die Vorgänge im Ausschusse, begründet die Einschaltung im Artikel I und sagt: Mit dem, was wir jetzt beschließen, vergeben wir uns gegenüber Ungarn in gar nichts. Was wir beschließen sollen, ist eine politische Notwendigkeit ersten Ranges. Das gemeinsame wirtschaftliche Gebiet ist eine der unbedingt notwendigen Voraussetzungen für den aufrechten Bestand der Monarchie. Das Gegenteil wäre geradezu unausdenkbar. Die pragmatischen Gemeinsamkeiten allein genügen in modernen Zeiten nicht. Sie müssen ihre notwendige Ergänzung durch eine Wirtschaftsgemeinschaft finden. Das große Donaubeden ist auch eine geographische eine wirtschaftspolitische Einheit, die sich nicht ohne weiteres oder nur unter den allergefährlichsten Konvulsionen in zwei feindliche Wirtschaftsbereiche zerlegen ließe. Eine großzügige gemeinsame Wirtschaftspolitik schafft auch politische Macht und umgekehrt schafft politische Macht eine gute Wirtschaft. Der Weltkrieg hat unsere früher so verlorne politische und militärische Macht zweifellos in ungeahnter Weise erhöht. Wir stehen heute vor den Völkern des Erdalles in ganz anderem Ansehen als vor dem Kriege. Jetzt aber gilt es, die Gelegenheit nicht zu verfehlen und aus diesem neugewonnenen, verstärkten Ansehen der habsburgischen Monarchie, die sich auf der politischen und militärischen Macht aufbaut, die sie bewiesen hat, auch die Früchte für unsere weltwirtschaftliche Bedeutung zu ernten. Wir gehen hoffentlich einmal zusammen. Das möge man sich nicht nur hier merken, sondern auch jenseits der Leitha. Wir gehören zusammen durch das gemeinsam vergossene Blut, durch die gemeinsame Arbeit der Völker, durch den und durch die Gemeinsamkeit einer ruhmreichen Geschichte während vieler Jahrhunderte, durch die Gemeinsamkeit der Dynastie und durch die wirtschaftliche Notwendigkeit. Seien wir, wenn wir uns mit Ungarn vereinbaren, nicht kleinlich. Wir dürfen nicht immer nur auf uns allein schauen und dem anderen jeden Vorteil nicht gönnen. Wenn wir einmal zusammengehören, ist der Vorteil des einen auch der Nachteil des anderen, der Nachteil des einen auch der Vorteil des anderen. Wenn dies heute noch nicht genügend erfaßt ist, dürfen wir die Dinge nicht allzu tragisch nehmen. Mag auch ab und zu haben und drüben ein Wort des Hasses oder selbst offener Feindschaft hinüberfliegen: Es ist nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Es handelt sich in unserem Parlament um alte und junge, aber durchaus lebenskräftige und lebensfähige Völker, die nicht immer in ferner Tonart in öffentlichen Dingen sprechen, wie man es vielleicht in Staaten, in denen mehr oligarchische Zustände herrschen, haben möchte; aber es wird und muß bei einer weisen voraussehenden Führung der Monarchie gelingen, diese überschäumenden, oft irrt geleiteten Kräfte, die diesseits und jenseits der Leitha sich zeigen, in das richtige Bett zu leiten und alle ohne Ausnahme, die einen im Guten, die anderen mit harter Hand, schließlich dem einen großen Ganzen unterzuordnen, der gemeinsamen Monarchie; der einen unteilbaren und untrennbaren ehrwürdigen und doch ewig jungen Monarchie, die der starke Hort aller Völker, die in ihren Grenzen wohnen, sein soll. Ich wenigstens glaube an die Zukunft dieser Monarchie, an die Größe Oesterreichs. (Lebhafte, anhaltende Beifall und Gandelstischen).

Abg. Friedmann (lib.) beantragt, zu erklären, daß das Geheimprotokoll zu § 12 der Verordnung der Minister des Ackerbaues und des Handels vom 31. Dezember 1907 über den Viehverkehr mit dem Artikel XX des Zoll- und Handelsvertrages vom 30. Dezember 1907 nicht im Einklange stehe, sowie die Regierung aufzufordern, den erwähnten § 12 mit dem Zoll- und Handelsvertrag in Einklang zu bringen.

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser hebt die Bedeutung der geleisteten Vorarbeit hervor. Dieser Krieg ist ein Wirtschaftskrieg seinen Veranlassungen und seinen Mitteln nach und es wird auch der Frieden sich vor allem auf die wirtschaftlichen Dinge der Welt zu beziehen haben. Es könnte ganz gut sein, daß die territorialen Abmachungen im Friedensvertrage an Bedeutung weitens von den Abmachungen in bezug auf das wirtschaftliche Verhältnis der Völker der Welt übertroffen werden. Jedenfalls muß die Monarchie

gerüstet zum Kongressfähig gehen und es müssen die beiden Regierungen über ihr inneres Verhältnis übereingekommen sein, bevor sie sich an den Friedensverhandlungen wirksam beteiligen können. Es geht nicht an, daß man mit dem Gegner verhandelt, wenn man nicht unter sich selbst klar und einig geworden ist. Die beharrliche Tapferkeit unserer Truppen hat den eisernen Ring, der uns einschließen sollte, überall ausgehalten und auf großen, weiten Strecken der Front heute aufgelöst. Wir wollen nun auch wirtschaftlich die Früchte dieses beharrlichen militärischen Ringens ernten.

Abg. Dr. Krenner (Soziald.): Also den zopolitischen Ring wiederherstellen!

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser: Es ist auch notwendig, daß wir, bevor wir mit unseren Gegnern über diese Dinge verhandeln, zunächst mit unseren Freunden verhandeln und auch dazu ist das Übereinkommen, welches die beiden Regierungen beschloßen haben, die notwendige Vorarbeit. Die Regierungen müssen aktionsbereit sein, sie müssen in jedem gegebenen Augenblicke zur Handlung fertig sein, klar zum Gesetze. Aber die Dinge sind noch nicht so weit gediehen, daß auch die gesetzliche Festlegung durch die Parlamente heute schon erfolgen könnte. Es läßt sich heute noch nicht absehen, welche Rückwirkungen von den territorialen und sonstigen Abmachungen im Friedensvertrage ausgeübt werden auf das wirtschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie und auch mit unseren Freunden. Dafür müssen die Gelegenheiten offen gehalten werden, ohne erst jedesmal den schwerfälligen parlamentarischen Apparat in Bewegung zu setzen. Es ist z. B. heute doch nicht möglich, einen Zollerarif festzulegen, der so geartet ist, daß er für jede Möglichkeit der wirtschaftlichen Weltverhältnisse ausreichen könnte. Der Minister sucht dann die Beschränkungen wegen bestimmter Stellen in der Vorlage als unbegründet zu geritzten. Es soll keine Unklarheit zurückbleiben, als ob die Regierung irgend etwas beabsichtigt hätte, was sie nicht streng verfassungsmäßig hätte beabsichtigen dürfen. Das Wort „vereinbart“ schließt es nicht im mindesten aus, daß neue Abmachungen zwischen den Regierungen getroffen werden. Wenn derartige neue Abmachungen getroffen und vereinbart werden sollten, so werden sie dann auch dem Hause vorgelegt werden müssen, und wenn das Haus seine Zustimmung dazu gibt, so ist es dann auch eine „vereinbarte Neuregelung“. (Zwischenrufe.) Ähnlich verhalte es sich mit den Worten „in Kraft tritt“. Es sind alle verfassungsmäßigen Bürgschaften dafür gegeben, daß das Parlament zu der vollen ihm gesetzlich zustehenden Aussprache über diese Dinge gelangen wird. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Evinetz (Südl. Ver.) sagt, um einen wirklichen und dauernden Frieden zu machen, sei es notwendig, daß jedes Volk für sich durch eigene Vertreter in einer eigenen Versammlung über sein Schicksal entscheide. Der Redner richtet dann leidenschaftliche Anklagen gegen die Zentralregierung und gegen die Deutschen und Magyaren, daß der unsinnigsten Übertreibung, wie z. B. daß die Behandlung der Südslaven während des Krieges „alles übersteige, was in der Geschichte der Menschheit vorgekommen ist“. Nie und nirgends seien Regierungen mit eigenen Staatsbürgern so schlecht und grausam verfahren, wie mit den Kroaten, Serben und Slowenen.

Abg. Dr. Urban (Deutsch. Vereinig.) sagt, die Kritik habe sich weniger gegen den sachlichen, wenig ansehbaren Inhalt als gegen den Unausgleich als Ganzes gerichtet. Der Krieg habe die Freiheit des Wirtschaftsverkehrs gebrochen. In beiden Staaten sei unter der Einschränkung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit ein neues Spiel der staatlichen Bewirtschaftung entstanden, deren Wirkung war, daß in beiden Staaten

eine Abherrnuna einzelner Länder, ja sogar Bezirke entstand. Deshalb sei es nicht zu verwundern, wenn es auch in wirtschaftlichen Verkehr zwischen beiden Staaten zu Prohibitionsmaßnahmen kam. Allerdings harmonisieren die beiden Systeme der staatlichen Bewirtschaftung mit einander durchaus nicht, wie beispielsweise aus den Bestimmungen über die Höchstpreise, die Vorratsaufnahmen und dem beklagenswerten zeitlichen Auseinander fallen der einzelnen Verfügungen in dieser Richtung zu ersehen sei. Für alle kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und Organisationen gelte das Wort Dr. Helfferichs, daß ihre Aufgabe darin bestehe, sich selbst so rasch als möglich überflüssig zu machen. Diesem Ziele zuzustreben und in der hoffentlich nicht fernem Zeit der Uebergangswirtschaft einen Abbau der Absperrungen durchzuführen, werde eine Hauptaufgabe der Regierung sein und zwar schon in der Zeit der Geltung des Ausgleichsprovisoriums. Zu den slavischen Angriffen gegen den Dualismus und sonstigen Wünschen sagt der Redner, auch für eine immerhin denkbare Revision des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn müsse der Fundamentalsatz gelten, daß wir uns jede Einmischung einer auswärtigen Macht auf das allerentschiedenste verbieten müssen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Fiedler (Tschech. Verb.) führt aus: Was von den Vereinbarungen unter dem Regime Stürggh Lissa bekannt ist, beschränkt sich darauf, daß die Verträge auf 20 Jahre verlängert werden sollen. Dafür sollten wir als Preis die Erhöhung unseres Quotenanteils in Kauf nehmen, dann sollten wir Ungarn die Bindung bestimmter Quotenpositionen im Auslandsverkehre zugestehen, insbesondere jener, welche agrarische Produkte betreffen. Nun scheinen diese Vereinbarungen unhaltbar geworden zu sein. Ungarns wirtschaftliche Verhältnisse haben sich während des Krieges sehr viel günstiger gestaltet, als wie bei uns und das unlängst veröffentlichte ungarische Budget, das nicht, wie das ungarische, mit einem so großen Defizit, sondern mit einem Ueberschuss endet. Eine Erhöhung unserer Quote sei daher ganz unbegründet. Wenn der Ausgleich jetzt bloß provisorisch verlängert werde, so geschieht es auch deshalb, weil wir nicht recht an den unerbauenden Bestand des Dualismus glauben. Schon die notwendig gewordenen Bindung der polnischen Frage könne ohne tief einschneidende Eingriffe in den Dualismus nicht erfolgen. Tasselbe gelte von der ebenfall notwendig gewordenen Bindung der bosnisch-herzegovinischen Frage. Der Dualismus sei, wie der Redner in einer längeren geschichtlichen Betrachtung nachweist, in Oesterreich niemals vollständig gewesen, auch nicht bei den Deutschen. Nur weil man sich im österreichischen Parlament eigentlich nie darüber einigen konnte, was an Stelle des Dualismus zu setzen wäre, blieb es dabei. Der Redner trägt dann die tschechischen Anschauungen vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen vor und sagt, die Tschechen ständen hinter einer großen Idee und würden hinter ihr zum Siege schreiten. (Lebhafte Beifall bei den Tschechen). Zum Schlusse richtet der Redner eine Warnung an die Regierung, es gegen die Tschechen ja nicht mit scharfen Maßnahmen zu verfahren.

vollsten  
le L. u. L.  
tussischen  
acht, die  
auf das  
während  
i höhn-

haben,  
Nach-  
Inter-  
aber  
einzelne  
Wider-  
uß ich  
grau-  
verweist  
beider  
% aus-  
enmehl  
iste in  
dieses  
m auf  
on im  
en die  
lei zu

ste der  
Stellung  
etwede  
italien,  
darum  
n auch  
n nach  
erüber-  
holter.  
als bei  
Kriegs-  
r als  
it sich  
enüber  
Retier-  
diese  
Mehr-  
l, daß  
tenver-  
r Zu-  
e Ab-  
terreich  
is von  
krieges  
s Lin-  
er den

IV

IV

IV

IV

un-  
nen  
in den  
un-  
stän-  
Kriegs-  
Gedag-  
heißte  
bleiben  
da die